

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 848 ppbn d

Inhalt

Herta Däubler-Gmelin MdB,
Vorsitzende des Rechtsaus-
schusses des Deutschen Bun-
destages, kritisiert die
Beschlagnahme journalisti-
schen Bildmaterials: Straf-
verfolgungsbehörden auf dem
bequemsten Weg.

Seite 1

Helmut Rothenmund MdL ver-
urteilt Bayerns unnötige
politische Kraftakte im
Hochschulbau: Im selbst-
gewählten bundespoliti-
schen Abseits.

Seite 3

Volker Neumann MdB berich-
tet über die Schwierigkei-
ten Vietnams nach 30jähri-
gen Krieg: Grenzkonflikte,
Staatsverschuldung, Korrup-
tion und Massenflucht er-
schweren den Aufbau.

Seite 4

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 132

16. Juli 1981

Strafverfolgungsbehörden auf dem bequemsten Weg

Die Beschlagnahme ungesendeter Fernsehaufnahmen erregt
Besorgnis

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Beschlagnahme ungesendeter Fernsehaufnahmen von Haus-
besetzerdemonstrationen in Berlin durch die Strafverfol-
gungsbehörden hat erneut Zweifel aufkommen lassen, ob die
geltenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung über das Zeug-
nisverweigerungsrecht für Mitarbeiter von Presse und Rund-
funk der im Grundgesetz verankerten Pressefreiheit aus-
reichend Rechnung tragen.

Diese Bestimmungen sehen ein Zeugnisverweigerungsrecht und
Beschlagnahmeverbot nur zum Schutz von Informanten eines
Journalisten und nur in Bezug auf Tatsachen vor, die dem
Journalisten bei einer Recherche "anvertraut" worden sind.
Sie sollen das Vertrauensverhältnis zwischen dem Informan-
ten und der Presse schützen. Der Presse soll ermöglicht
werden, ihrer Aufgabe zu umfassender Information des Bür-
gers gerecht zu werden. Von Journalisten selbst erarbeitetes
Material - hierzu gehören auch Filmaufnahmen - soll indes
nicht unter das Beschlagnahmeverbot fallen, da es bei ihm
an einem schützenswerten Vertrauensverhältnis zwischen
Informanten und Journalisten fehle. Ratio dieses einge-
schränkten Zeugnisverweigerungsrechts und Beschlagnahmever-
bots ist die Abwägung zwischen dem Rechtsstaatsprinzip
einerseits und der Pressefreiheit andererseits, schränkt
doch jede Einführung oder Erweiterung von Zeugnisverweige-
rungsrechten und Beschlagnahmeverboten die Beweismöglich-
keiten der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden ein. Weil
das so ist, muß jede Erweiterung eines Zeugnisverweige-
rungsrechts und eines Beschlagnahmeverbots sorgfältig über-
dacht und abgewogen werden.



Damit die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege als Gebot des Rechtsstaatsprinzips nicht in den verfassungsrechtlich unzulässigerweise beeinträchtigt wird, bedürfen sie einer besonderen Legitimation.

Auch wenn Fotos, Film- und Fernsehaufnahmen als selbst erarbeitetes Material nach dem Wortlaut der strafprozessualen Bestimmungen nicht vor einer Beschlagnahme geschützt sind, enthebt das die Strafverfolgungsbehörden nicht der Notwendigkeit, in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob die beabsichtigte Beschlagnahme auch wirklich geboten und verhältnismäßig ist und ob wirklich nur so die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege aufrechterhalten werden kann. Nicht jedes Delikt, jede Bagatelle, jeder diffuse Verdacht, auf einem Film oder Foto könne eine Straftat aufgenommen worden sein, darf Anlaß für eine Beschlagnahme sein. Sonst entsteht - wie in den letzten Tagen - die Gefahr, daß die Presse in den Augen der Bürger in die Nähe eines Hilfsorgans der Strafverfolgungsbehörden rückt. Durch eine solche extreme Beschlagnahmepraxis würde das Vertrauen des Bürgers in eine vom Staat unabhängige Presse und damit eine der Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Presse untergraben. Die Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten als unbeteiligte, freie Beobachter eines berichtenswerten Ereignisses würden mehr und mehr unmöglich gebracht. Der hohe Stellenwert, den das Grundgesetz der Pressefreiheit einräumt, läßt daher eine Beschlagnahme von Fotos oder Fernsehaufnahmen durch Strafverfolgungsbehörden nur zu, wenn die aufzuklärende Straftat Gewicht hat, wenn konkrete Anhaltspunkte vorliegen, daß das zu beschlagnahmende Material zur Aufklärung einer konkreten Straftat beiträgt, und wenn ohne die Beschlagnahme die Aufklärung und Verfolgung der Straftat unzumutbar erschwert oder gar unmöglich wird.

Ich habe Zweifel, ob die sich in letzter Zeit häufenden Beschlagnahmen von Fotos und Filmen sowie Durchsuchungen von Redaktionsräumen diesen Maßstäben standhalten. Im Gegenteil drängt sich immer mehr der Eindruck auf, daß manche Strafverfolgungsbehörden gerne auf das ausgezeichnete Material von Bildjournalisten zurückgreifen, also den für sie bequemsten Weg gehen. Sie scheinen schnell bei der Hand zu sein, wenn es darum geht, dem Strafverfolgungsinteresse Vorrang einzuräumen und im Zweifel gegen die Pressefreiheit zu entscheiden. Auch die Tatsache, daß die angerufenen Gerichte in ihren Entscheidungen nicht sorgfältiger differenziert haben, bedarf der Beobachtung. Sollte sich dieser nachteilige Trend in Zukunft festigen, so wird der Gesetzgeber Ausuferungen und Wildwuchs in diesem Bereich durch gesetzgeberische Maßnahmen den Boden entziehen müssen.

Dabei wird zu prüfen sein, ob es wirklich ausreicht, nur den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gesetzlich in eindeutiger Weise zu konkretisieren, oder ob es erforderlich sein wird, entsprechend dem kürzlich gemachten Vorschlag des Deutschen Presserates für selbsterarbeitetes Material eines Journalisten generell ein Beschlagnahmeverbot aufzustellen.

(-/16.7.1981/ks/ca)

+ + +



Im selbstgewählten bundespolitischen Abseits

Bayerns unnötige politische Kraftakte im Hochschulbau

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Der Kompromiß über die Hochschulbaufinanzierung im Bundesrat hat bei der Union tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten aufgedeckt. Während die CDU-regierten Länder die Einigung im Bundesrat als Erfolg "feiern", ist die CSU-Staatsregierung ohne Not aus dieser Vereinbarung ausgestiegen und wird die Verfassungsklage gegen den Bund in Karlsruhe aufrecht erhalten. Die Christlich-Soziale Union stellt damit erneut unter Beweis, daß sie sich seit Jahren im selbstgewählten bundespolitischen Abseits befindet. Es verwundert nicht, daß Strauß diese Haltung der Bayerischen Staatsregierung als Beitrag zum Parteitagsmotto "Kraftvoll in die Zukunft" uminterpretiert hat. Für den CSU-Vorsitzenden ist dieser erneute Alleingang Teil seiner nicht nachvollziehbaren Vorstellung, die Bundesrepublik und Europa von Bayern aus retten zu müssen.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Mit ihrer Haltung hat sich die Bayerische Staatsregierung als kompromißunfähig erwiesen und außerdem klar zu erkennen gegeben, daß die auch auf dem Parteitag sanktionierte Strategie von Sonthofen Vorrang hat vor einer tragfähigen Einigung. Die unionsregierten Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz haben sich dem unnötigen Kraftakt des bayerischen Kabinetts nicht angeschlossen. Dies spricht für sich. Einmal mehr wird deutlich, daß die Verantwortlichen im bayerischen Kabinett kein Interesse daran haben, in der Sache weiterzukommen, wenn dies bedeuten würde, gegenüber der Bonner Koalition sinnvolle Zugeständnisse zu machen.

Wenn zum Beispiel Nordrhein-Westfalen die im Hochschulbau geplanten Maßnahmen von sich aus weiterfinanziert und Baden-Württemberg ebenfalls vorfinanziert und im Haushalt Mittel zugunsten des Hochschulbaus umgeschichtet hat, dann muß die Frage erlaubt sein, warum Bayern ständig seine Bürger damit erschreckt, in Zukunft würden im Freistaat eine Vielzahl von Hochschulbau-Ruinen in der Gegend herumstehen. Dieses Schreckensgemälde entbehrt jeder Grundlage. Es soll gar nicht bestritten werden, daß die Finanzlage des Bundes die Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau verursacht hat. Ob aber mit der totalen Verweigerung des Kompromisses die Interessen der Bürger des Freistaates und seiner Studenten richtig vertreten wurden, darf ernsthaft bezweifelt werden, zumal, wenn man mit der linken Hand die ausgehandelten höheren Bundeszuschüsse für laufende und neue Vorhaben letztendlich doch kassiert und mit der rechten Hand beim Verfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsklage erhebt.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag vertritt auch gegenüber dem Bund (Maxhütte, Rhein-Main-Donau-Kanal, Kilometerpauschale, Bundesfernstraßenbau) die Interessen des Freistaates und seiner Bürger. Sie wird aber die totale Konfrontationsstrategie der CSU-Staatsregierung, die nur noch mit einem in psychologischem Bereich liegenden Feindbild gegenüber der Bundesregierung erklärbar ist, nicht mittragen und in derart entscheidenden Fragen, wie der Hochschulbaufinanzierung, für den tragfähigen Kompromiß eintreten. Es ist ein schwerwiegender Irrtum zu glauben, daß bayerische Alleingänge die Koalition in Gefahr bringen. Die Kraftmeierei der CSU-Staatsregierung hinterläßt einen bitteren Nachgeschmack bei all denen, die wissen, daß Demokratie im westlichen auch von Kompromissen lebt. Die selbstgewählte Isolation Bayerns nützt niemandem!

(-/16.7.1981/ks/ca)

+ + +



Hunger und Rüstung in Vietnam

Grenzkonflikte, Staatsverschuldung, Korruption und Massenflucht erschweren den Aufbau

Von Volker Neumann MdB

Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Mit sowjetischer Hilfe im Wert von täglich zwei Millionen Rubel hält sich das Regime von Ministerpräsident Pham Van Cong der Sozialistischen Republik Vietnam zur Zeit über Wasser. Zwei Jahre nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in das Nachbarland Kambodscha und dem Bruch mit China, der daraufhin erfolgte, ist Vietnam mehr denn je auf Wirtschaftshilfe angewiesen. Trotz ausländischer Geld- und Sachleistungen in Höhe von neun Milliarden US-Dollar im Rahmen des ersten Fünfjahresplans (ab 1976) hat sich die Wirtschaftslage nach 30jährigen Kriegszerstörungen nicht stabilisiert. Innenpolitische Schwierigkeiten und ständige Kampfhandlungen an der Grenze zu China und in Kambodscha zehren die Hilfeleistungen der Sowjetunion und des übrigen Auslands auf.

Neuere Zahlen der Auslandshilfe für Vietnam aus verschiedenen, zum Teil offiziellen Quellen hat jetzt die Fachzeitschrift "Far Eastern Economic Review" veröffentlicht. Von der gesamten Wirtschaftshilfe seit Beginn des ersten Fünfjahresplans 1976 kam rund ein Sechstel, nämlich 1,5 Milliarden Dollar, aus westlichen Ländern. Etwas mehr als die Hälfte davon wurde in Form von Krediten gewährt, 640 Millionen als verlorene Zuschüsse. Einige Beispiele aus der Aufzählung der Fernost-Wirtschafts-Revue zeigen die Vielfalt der geleisteten Unterstützung:

Schweden gewährte jährlich 100 Millionen Dollar für zwei große Krankenhäuser in Hanoi und eine riesige Papierfabrik; Norwegen gab elf Millionen pro Jahr, ab 1980 nur noch acht Millionen; Dänemark 75 Millionen, davon knapp die Hälfte Kredite; Finnland finanzierte Fischereiprojekte und den Aufbau einer Werft mit 14 Millionen; die Niederlande stellten 100 Millionen für Kredite, humanitäre Hilfe und Nahrungsmittel zur Verfügung; Belgien gewährte einen Kredit von 17 Millionen für eine Spinnerei; Großbritannien lieferte Schiffe und half beim Bau zweier Gasturbinen. Sie finanziert unter anderem eine Fertighaus- und eine Glasfabrik sowie den Wiederaufbau der Bahnstation Vinh vor. Die Bundesrepublik Deutschland ist zur Zeit in Vietnam mit ihrer Botschaft (mit fünf Deutschen beim Personal), dem früher investierten Kapital und fünf weiteren dort lebenden Privatpersonen präsent. Neue Kapitalhilfe wurde seit dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha gestoppt. Lediglich eine deutsche Großfirma beteiligt sich mit elf Millionen Dollar am Bau einer Baumwollspinnerei, zusammen mit zwei belgischen Konsortien und einer italienischen Firma. Die Rückzahlung der Kredite aus aller Welt ist über längere Zeiträume hinweg vorgesehen. Zum Beispiel laufen die meisten Kredite aus Ostblockländern über 15 bis 20 Jahre. Jedoch drückt die Schuldenlast den Staat immer mehr. Allein in diesem Jahr sollen nach den Berechnungen der "Far Eastern Economic Review" die Schuldzinsen den Staat mit Ausgaben in Höhe von 240 Millionen Dollar belasten. Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, daß Vietnam in immer größere Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams kommt auch nach Beendigung der 30 Jahre lang dauernden großen Kriege nicht in Gang. Nach der Statistik der "Weltbank", einer internationalen Einrichtung der Vereinten Nationen für Aufbau und Entwicklung, rangiert Vietnam auf Platz 14 in der Gruppe der allerärmsten Länder der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen wird im "Weltentwicklungsbericht 1980" mit 170 Dollar pro Jahr angegeben, zum Vergleich: 9.580 Dollar pro Kopf in der Bundesrepublik. Die Wachstumszahlen stagnieren. Südostasien-Experten verzeichnen bei "optimistischen" Schätzungen sogar einen Rückgang des Bruttosozialproduktes (Quelle: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg).

Am Beispiel der Getreideproduktion (Reis), einem lebenswichtigen und besonders forcierten Wirtschaftszweig, wird deutlich, daß geplante Ziele nicht erreicht wurden. Als Be-



darfminimum werden 15 Millionen Tonnen angesehen. Die tatsächliche Ernte betrug 1976 13,7 Millionen und sank in den folgenden Jahren bis 1980 auf 12, teilweise nur gut elf Millionen Tonnen ab. Auch für die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung ist Vietnam auf Lieferungen aus der Sowjetunion angewiesen.

Die Ursachen für den wirtschaftlichen Mißerfolg der Sozialistischen Republik Vietnam liegen nach Meinung von Fachleuten weniger im planwirtschaftlichen System, als vielmehr in militärischen Aktionen gegen Nachbarstaaten und im Bruch mit China. Zwar ist es sechs Jahre nach der Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams immer noch nicht gelungen, die freien (und auch die schwarzen) Märkte Südvietnams an das auf Enthaltsamkeit und persönlicher Armut basierende System Nordvietnams anzugleichen. Im Gegenteil: Augenzeugenberichte vor allem westlicher Journalisten aus den letzten Monaten enthalten ausführliche Beschreibungen der offiziell geduldeten Korruption mit US-Dollars. Ähnlich wie in der DDR existieren hier "Intershops"; wie wir dort für D-Mark kann man in Vietnam für Dollars alles kaufen.

Mehr als die Planwirtschaft haben aber der Massen-Exodus vietnamesischer Flüchtlinge und der Einmarsch in Kambodscha die weitere Entwicklung gehemmt. Das internationale Ansehen Vietnams befindet sich durch die "boat-people"-Vertreibung und die aggressiven Militäraktionen in den Grenzregionen auf einem Tiefpunkt. Getreidelieferungen wurden gestoppt, Kreditzahlungen aufgeschoben, Aktionen privater Organisationen eingestellt. Bis heute zögern viele Regierungen, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland zählt, in Vietnam zu helfen, weil ihnen die Unsicherheit zu groß erscheint, ob ein gestärktes Vietnam zum Frieden in Südostasien beiträgt oder nicht. Immerhin werden noch fast täglich Kampfhandlungen aus Grenzgebieten zu China und aus Kambodscha, wo Vietnam 200.000 Soldaten stationiert hat, gemeldet. Mit 2,1 Millionen Soldaten, wobei der Einsatz für friedliche Zwecke mitgerechnet wird, ist das militärische Potential des 55 Millionen-Volkes verhältnismäßig zu hoch. Und Haß prägt die Behandlung von Gefangenen und Regimekritikern, wie viele Berichte von Grausamkeiten aus "Erziehungs"- und Flüchtlingslagern zeigen.

Einige Anzeichen sprechen jedoch für eine Wandlung der vietnamesischen Politik. So etwa die Bereitschaft, sich mit Laos, Kambodscha, den blockfreien ASEAN-Staaten sowie einigen UN-Mitgliedsstaaten an den Verhandlungstisch zu setzen. Und das offizielle Interesse Hanois an mehr westlicher Hilfe, nicht zuletzt deshalb, um die jahrhundertlang umkämpfte, nun durch sowjetische Pressionen erneut gefährdete Unabhängigkeit zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird auch die Informationsreise dreier Bundestagsabgeordneter, die im August durchgeführt werden und vor allem humanitären Gesichtspunkten dienen soll, begrüßt. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Kompromißbereitschaft konkrete Schritte, etwa in Richtung auf einen Abzug aus Kambodscha, folgen.

Kontakte zu Vietnam dienen in erster Linie dazu, eine Tür offenzuhalten, die immer wieder zuzuschlagen droht. Unterschiedliche Interessen und die geographisch ferne Lage erfordern wiederholte Bemühungen um gegenseitige Verständigung. Weigert sich etwa das COMECON-Mitglied Vietnam bei Verträgen mit der BRD bisher, die Berlin-Klausel zu unterschreiben, so ist in unseren Augen die regionale Verstrickung der Völker Südostasiens schwer verständlich. Gegenseitige Hintergrund-Informationen können deshalb hilfreich sein, für bilaterale Projekte auf staatlicher Ebene, aber auch für private, nur aus mitmenschlichen Motiven geleistete Hilfe.

(-/16.7.1981/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

